

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	XLI
-----------------------------------	------------

Literaturverzeichnis.....	LIII
----------------------------------	-------------

Teil I: Prolegomena	1
----------------------------------	----------

A. Problemaufriss: Die Rechtskraft des unionsrechtswidrigen Urteils	1
---	---

B. Gegenstand und Ziel der Arbeit: Die Frage nach der Möglichkeit zur Wiederaufnahme rechtskräftig geschlossener Verfahren bei Mängeln in der unionsrechtlichen Urteilsgrundlage.....	9
---	---

C. Berechtigung der Untersuchung: Rechtsunsicherheit im Umgang mit rechtskräftigen Urteilen, die Mängel in der (unions-)rechtlichen Urteilsgrundlage aufweisen	11
--	----

D. Gang der Abhandlung.....	16
-----------------------------	----

Teil II: Die Kontroverse und der Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung	19
---	-----------

A. Die Befürworter der Wiederaufnahme rechtskräftig geschlossener Verfahren und die in Betracht gezogenen Einzelfälle	19
---	----

I. Formelle Unionsrechtswidrigkeit.....	22
---	----

1. Unzuständigkeit eines nationalen Gerichts im Verhältnis zu einem Organ der EU, insbesondere des EU-Gerichtshofes und der EU-Kommission.....	22
2. (Willkürliche) Verletzung der Vorlagepflicht aus Art. 267 AEUV	23

II. Materielle Unionsrechtswidrigkeit.....	25
--	----

1. Nichtanwendung oder unrichtige Anwendung einer (unmittelbar anwendbaren) (Unions-)Rechtsnorm (Unionsrechtsverletzung).....	25
2. Nichtigkeit eines (rechtskräftig festgestellten) Vertrages gemäß § 134 BGB	25
3. Unionsrechtswidrige Auslegung einer nationalen Norm.....	26
4. Nachträgliche Nichtigkeits- oder Ungültigkeitserklärung von Sekundärrecht	26
5. Anwendung einer unionsrechtswidrigen nationalen Norm	27
6. Wiederaufnahme rechtskräftig geschlossener Verfahren unter den Voraussetzungen des unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruchs.....	27
7. Aufhebung einer Entscheidung eines Unionsorgans, auf der das nationale Urteil gründet	28

III. Unanwendbarkeit des § 79 Abs. 2 BVerfGG.....	28
---	----

IV. Unvereinbarkeit eines rechtskräftigen Urteils mit einer Entscheidung eines Organs der EU	29
--	----

V.	Verletzung von Unionsgrundrechten (GRCh)	30
VI.	Feststellung der Unionsrechtswidrigkeit eines rechtskräftigen Urteils in einem Vertragsverletzungsurteil, Art. 260 AEUV	31
VII.	Die Erweiterung der Wiederaufnahmegründe de lege ferenda	31
1.	Wiederaufnahme des Verfahrens bei Verletzung der staatlichen Zuständigkeit im Verhältnis zur Gerichtsbarkeit des EuGH	32
2.	Erweiterung des Anwendungsbereichs der Ziffer 5 des § 580 ZPO zur Korrektur offenkundiger Unionsrechtsverstöße	32
3.	Erweiterung der Restitutionsgründe nach dem Vorbild der neuen Ziffer 8 des § 580 ZPO	32
4.	Erweiterung um den Fall eines Entscheidungskonflikts zwischen nationalen rechtskräftigen Urteilen und Entscheidungen des EuGH oder der EU-Kommission	33
B.	Die Gegner einer Wiederaufnahme rechtskräftig geschlossener Verfahren	33
I.	Ausschluss der Wiederaufnahme rechtskräftig geschlossener Verfahren bei unionsrechtswidrigen Urteilen durch § 79 Abs. 2 Satz 1 BVerfGG	34
II.	Keine Wiederaufnahme des Verfahrens nach Verletzung der Vorlagepflicht	34
III.	Keine Beseitigung der Rechtskraft bei Feststellung der Unionsrechtswidrigkeit des Urteils im Vertragsverletzungsverfahren	35
IV.	Der unionsrechtliche Staatshaftungsanspruch als vorzugswürdige Lösung	36
V.	Kein unionsrechtlicher Anspruch auf Durchbrechung der Rechtskraft	36
VI.	Keine Wiederaufnahme rechtskräftig geschlossener Verfahren de lege ferenda	38
C.	Die Auffassung des jüngeren Schrifttums: Die fehlende Möglichkeit einer analogen Anwendbarkeit des § 580 ZPO als unbefriedigendes Ergebnis	38
D.	Die Rechtsprechung deutscher Gerichte	39
I.	Die Rechtsprechung zur Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Restitutionsgründe	39
II.	Die Rechtsprechung zur Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Nichtigkeitsgründe	45
III.	Die Vereinbarkeit der fehlenden Restitutionsmöglichkeit mit dem Unionsrecht, insbesondere dem Grundsatz der Effektivität	48
IV.	Der Vorlagebeschluss des LG Münster in der Rechtssache Klausner Holz	49

E. Die Rechtsprechung des EuGH	51
F. Die Auffassung der Generalanwälte	58
G. Der Standpunkt der EU-Kommission	61
H. Die Gemeinsamkeit aller Einzelfälle: Rechtskräftige Urteile mit Mängeln in der (unions-)rechtlichen Urteilsgrundlage	61
I. Stellungnahme und Kritik	62
I. Die unzureichende Differenzierung zwischen formell fehlerhaften, in tatsächlicher oder materiell-rechtlicher Hinsicht mangelhaften und im Ergebnis unrichtigen Urteilen	62
II. Der Grundsatz der Gleichwertigkeit als unionsrechtliche Pflicht zur Beseitigung der Rechtskraft gemäß §§ 578 ff. ZPO?	63
III. Der Grundsatz der Effektivität: Wird die Verwirklichung des Unionsrechts durch die Rechtskraft unionsrechtswidriger Urteile i.V.m. der fehlenden Möglichkeit zur Korrektur von (kausalen) Mängeln in der unionsrechtlichen Urteilsgrundlage „praktisch unmöglich gemacht“ oder „übermäßig erschwert“?	64
IV. Die Widersprüchlichkeit der herrschenden Meinung: Keine Wiederaufnahme rechtskräftig geschlossener Verfahren, aber Gewährung unionsrechtlicher Staatshaftungsansprüche wegen offensichtlich unionsrechtswidriger Urteile	66
V. Die neue Ziffer 8 des § 580 ZPO und die begrenzte Erweiterung des Restitutionsprinzips	68
VI. Die Verletzung der Vorlagepflicht als schwerer unionsrechtlicher Verfahrensfehler und die Vernachlässigung der Nichtigkeitsklage	71
VII. Kritik an der herrschenden Meinung von der Durchbrechung der materiellen Rechtskraft unionsrechtswidriger Urteile ex nunc in „Ausnahmefällen“ ohne prozessualen Rechtsbehelf	75
Teil III: Die Grundlagen der Wiederaufnahme des Verfahrens	77
A. Der Gang des Wiederaufnahmeverfahrens	77
I. Das aufhebende Verfahren (iudicium rescindens)	78
1. Zulässigkeit der Wiederaufnahmeklage, § 589 ZPO	78
a) Statthaftigkeit: Anfechtbare Entscheidung	79
b) Schlüssige Behauptung eines Wiederaufnahmegrundes	81
c) Klagebefugnis	82
d) Zuständigkeit, § 584 ZPO	82
e) Beschwer	83
f) Form und Inhalt der Klageschrift, §§ 587, 588 ZPO	83
g) Klagefrist, § 586 ZPO	84

h) Subsidiarität, §§ 579 Abs. 2, 582 ZPO	84
i) Allgemeine Sachurteilsvoraussetzungen.....	86
j) Entscheidung über die Zulässigkeit	86
2. Begründetheit der Wiederaufnahmeklage, §§ 579, 580 ZPO.....	86
a) Tatsächliches Vorliegen eines Wiederaufnahmegrundes.....	86
aa) Nichtigkeitsgründe, § 579 Abs. 1 ZPO.....	87
(1) Die nicht vorschriftsmäßige Besetzung des erkennenden Gerichts	87
(a) Nicht vorschriftsmäßige Besetzung des Gerichts als solches.....	87
(aa) Willkürliche Aufstellung oder Anwendung der Geschäftsverteilungs- und Mitwirkungspläne, §§ 21e - 21g GVG.....	87
(bb) Verletzung der Vorschriften des GVG	88
(cc) Verstoß gegen § 309 ZPO, § 103 FGO, § 129 SGG, § 112 VwGO usw.	88
(b) Im Einzelfall nicht zur Entscheidung berufene Richter	89
(aa) Die Mitwirkung einer zum Richteramt nicht berufenen Person.....	89
(bb) Fehlende Verhandlungsfähigkeit des Richters	89
(2) Die Mitwirkung eines kraft Gesetzes ausgeschlossenen Richters (iudex inhabilis)	89
(3) Die Mitwirkung eines mit Erfolg abgelehnten Richters (iudex suspectus)	90
(4) Das Verhandeln gegen eine nicht vertretene Partei.....	91
(a) Prozessunfähigkeit der Partei, § 51 ZPO	91
(b) Falsus procurator und falsus tutor.....	91
(aa) Vertreter ohne gesetzliche Vertretungsbefugnis.....	92
(bb) Gewillkürter Vertreter ohne Prozessvollmacht.....	92
(5) Auffinden eines früher rechtskräftig gewordenen Urteils, § 580 Ziffer 7a ZPO	92
(a) Identität des Streitgegenstandes.....	92
(b) Missachtung der Präjudizialität	93
bb) Restitutionsgründe, § 580 ZPO.....	94
(1) Die Verfälschung der Urteilsgrundlage, §§ 580 Ziffern 1 bis 5, 581 ZPO	94
(a) Falscher Parteieid, § 580 Ziffer 1 ZPO.....	94
(b) Urkundenfälschung, § 580 Ziffer 2 ZPO	94
(c) Falsche Zeugenaussage oder falsches Sachverständigengutachten, § 580 Ziffer 3 ZPO.....	94
(d) Straftat des Gegners oder seines Vertreters, § 580 Ziffer 4 ZPO	94
(e) Die Amtspflichtverletzung des Richters, § 580 Ziffer 5 ZPO	95

(f) Der Grundsatz der rechtskräftigen Verurteilung, § 581 ZPO	95
(2) Die Ergänzung der Urteilsgrundlage, § 580 Nrn 6 und 7b ZPO ..	96
(a) Wegfall der Urteilsgrundlage: Aufhebung eines Urteils, auf welchem das Urteil gründet, § 580 Nr. 6 ZPO	96
(b) Auffinden einer anderen Urkunde, § 580 Ziffer 7b ZPO	96
(3) Die Feststellung einer Verletzung der EMRK durch den EuGHMR, § 580 Ziffer 8 ZPO	98
b) Die Kausalität zwischen Wiederaufnahmegrund und Urteilsinhalt	98
aa) Kein positiver Nachweis der Kausalität zwischen Nichtigkeitsgrund und Urteil in Analogie zu § 547 Halbs. 1 ZPO und die Unanwendbarkeit des § 561 ZPO	99
(1) Exkurs: Grundsätze des Rechtsmittelverfahrens	99
(a) Relative Verfahrensfehler	100
(b) Absolute Verfahrensfehler, § 547 ZPO	101
(2) Abgrenzung der Nichtigkeitsgründe von den absoluten Revisionsgründen	101
(3) Unwiderlegliche gesetzliche Vermutung analog § 547 Halbs. 1 ZPO	102
(4) Gesetzliche Fiktion analog § 547 Halbs. 1 ZPO	103
(5) Widerlegliche gesetzliche Vermutung	103
(6) Stellungnahme: Die Möglichkeit einer günstigeren Entscheidung genügt	103
(7) Die Unbegründetheit der Nichtigkeitsklage bei negativem Kausalitätsnachweis?	104
bb) Kausalität der Restitutionsgründe	105
(1) „Gegründet“, „erwirkt“ und „gegen die Partei“, § 580 Nrn 1 bis 5 ZPO	105
(2) „Gegründet“ i.S.d. § 580 Ziffer 6 ZPO	107
(3) Herbeiführung einer günstigeren Entscheidung i.S.d. § 580 Nr. 7b ZPO	107
(4) Beruhen i.S.d. § 580 Ziffer 8 ZPO	108
(5) Prinzipielle Forderung eines Kausalitätsnachweises	109
c) Überprüfung des Vorprozessergebnisses	109
aa) Die Unbegründetheit der Restitutionsklage, wenn sich die Entscheidung selbst aus anderen Gründen als richtig darstellt	111
bb) Die Unbegründetheit der Nichtigkeitsklage, wenn sich die Entscheidung selbst aus anderen Gründen als richtig darstellt?	111
3. Entscheidung über die Wiederaufnahmeklage (sententia rescindens), rückwirkende Beseitigung der Rechtskraft und Urteilsaufhebung	112
4. Rechtsmittel gegen Entscheidungen im iudicium rescindens, § 591 ZPO	114
II. Das ersetzende Verfahren (iudicium rescissorium), § 590 ZPO	115
1. Neue Verhandlung des ursprünglichen Rechtsstreits, § 590 Abs. 1 ZPO	115

XVIII

a) Isolierung des vom Wiederaufnahmegrund betroffenen Teils des Rechtsstreits	115
aa) Isolierung der von den Nichtigkeitsgründen betroffenen Verfahrensteile	116
bb) Isolierung der von den Restitutionsgründen betroffenen Urteilsgrundlage	117
b) Weitere Beschränkungen der neuen Verhandlung	118
c) Die Anträge zur Hauptsache	119
d) Unbeschränkt neues Vorbringen	119
e) Berücksichtigung geänderter Rechtslagen und geänderter höchstrichterlicher Rechtsprechung oder geänderter Rechtsansichten	120
f) Klageänderungen, Klageerweiterungen und weitere (Inzident-)Anträge	120
2. Erlass einer ersetzenden Entscheidung (sententia rescissoria)	120
3. Entscheidung über weitere (Inzident-)Anträge	122
4. Rechtsmittel gegen die ersetzende Entscheidung, § 591 ZPO	122
B. Streitgegenstand des Wiederaufnahmeverfahrens und die Vereinbarkeit mit den Grundsätzen der Rechtskraft	122
I. Streitgegenstand des aufhebenden Verfahrens (iudicium rescindens)	123
II. Zur Vereinbarkeit der Wiederaufnahmeklage mit der materiellen Rechtskraft	123
1. Feststellung eines Wiederaufnahmegrundes	124
a) Feststellung von Restitutionsgründen und die Durchbrechung der präkludierenden Rechtskraftwirkung	124
b) Feststellung materiell-rechtlicher Mängel	125
c) Feststellung der Nichtigkeitsgründe bzw. formell-rechtlicher Mängel	125
2. Feststellung der Kausalität	126
3. Überprüfung des Vorprozessergebnisses	127
III. Der Standpunkt für die Beurteilung	127
1. Feststellung des Mangels aus Sicht des Wiederaufnahmegerichts	127
2. Feststellung der Kausalität aus Sicht des vorprozessualen Gerichts	128
3. Feststellung, ob die Entscheidung aus anderen Gründen richtig ist, aus Sicht des Wiederaufnahmegerichts	128
IV. Streitgegenstand des ersetzenden Verfahrens (iudicium rescissorium)	128
C. Die innere Verschiedenheit von Nichtigkeits- und Restitutionsklage	129
I. Die herrschende Meinung von der innerlichen Verschiedenheit von Nichtigkeits- und Restitutionsklage	132
II. Das Gegenmodell und die Ansicht <i>Brauns</i> von der einheitlichen Grundlage des Wiederaufnahmerechts	134
III. Stellungnahme zugunsten der inneren Verschiedenheit	135

D. Die Wiederaufnahmetheorie <i>Gauls</i>	140
I. Das Prinzip der Restitutionsklage	141
1. Die Relationslehre	141
2. Das Restitutionsprinzip der Beweissicherheit	142
3. Das Wiederaufnahmeprinzip der Evidenz	143
II. Das Prinzip der Nichtigkeitsklage.....	144
1. Das engere Prinzip der Nichtigkeitsgründe	144
2. Die Beschränkung auf im Vorprozess übersehene Verfahrensfehler und Übertragung des Wiederaufnahmeprinzips der Evidenz auf die Nichtigkeitsgründe.....	144
E. Die Wiederaufnahmetheorie <i>Dorndorfs</i>	147
F. Die Wiederaufnahmetheorie <i>Brauns</i> : Das Gegenmodell	149
I. Verfahrensfehlerrestitution	149
II. Ergebnisfehlerrestitution	151
G. Stellungnahme: Die Anerkennung der Wiederaufnahmetheorie <i>Gauls</i> und die Unvereinbarkeit des Gegenmodells mit dem geltenden Wiederaufnahmerecht.....	154
H. Die dogmatischen Grundlagen des Restitutionsrechts: Die Korrektur unionsrechtswidriger Urteile als Zweck der Restitutionsklage?	158
I. Problemstellung: Der Eintritt der Rechtskraft trotz materieller Unionsrechtswidrigkeit	159
1. Die 1877 herrschende materiell-rechtliche Rechtskraftlehre als Grundlage des geltenden Wiederaufnahmerechts	160
2. Die seit 1930 herrschende prozessuale Rechtskraftlehre und der Zweck der Rechtskraft in Rechtsprechung und Literatur	161
II. Deduktion aus dem primären unionsrechtskonformen Prozesszweck – zugleich eine unionsrechtskonforme Fortentwicklung des Prozesszwecks.....	165
1. Bewährung der objektiven (Unions-)Rechtsordnung durch Verwirklichung des (materiellen) (Unions-)Rechts (unter Beachtung der GRCh)	166
2. Wahrung von Rechtsfrieden	171
3. Rechtsvergewisserung unter den Parteien	175
4. Sicherung der Rechtseinheit	175
5. Durchsetzung von Allgemeininteressen (sog. private law enforcement)	176
III. Der unionsrechtskonforme Zweck der Rechtskraft: Die Sicherung und Erhaltung des im Prozess verwirklichten Rechts	176

IV. Der Grundsatz der Effektivität und der Grundsatz der Gleichwertigkeit als unionsrechtliche Gebote zur Anordnung der Rechtskraft von gerichtlichen Entscheidungen.....	179
V. Der Konflikt zwischen Rechtskraft und Prozesszweck im Fall des objektiv unionsrechtswidrigen Urteils: Zugleich ein Verstoß gegen den Grundsatz der Effektivität des Unionsrechts?	180
VI. Keine Vermeidung des Konflikts durch unionsrechtskonforme Einengung der objektiven oder zeitlichen Grenzen des Streitgegenstandes.....	182
VII. Der Vertrauensschutz der im Vorprozess zu Unrecht obsiegenden Prozesspartei	185
1. Vertrauensschutz durch die Rechtskraft	186
2. Vertrauensschutz durch das materielle Recht.....	187
VIII. Der Zweck der Restitutionsklage	189
1. Das weite Restitutionsprinzip: Die eingeschränkte Weiterverfolgung des (unionsrechtskonformen) Prozesszwecks unter Beseitigung der Rechtskraft.....	190
2. Die Wiederherstellung des Vertrauens in die Rechtspflege	191
3. Die Wahrung der Autorität des Staates und seiner Gerichte	192
4. Die Wahrung des Ansehens der Justiz	193
IX. Zwischenergebnis: Die Korrektur materiell unionsrechtswidriger Urteile entspricht in der theoretischen Ausgangsklage dem Zweck der Restitutionsklage.....	194
I. Die dogmatischen Grundlagen der Nichtigkeitsklage: Die Korrektur schwerster unionsrechtlicher Verfahrensfehler als Zweck der Nichtigkeitsklage?	194
I. Die einhellige Meinung von der Korrektur schwerster Verfahrensmängel	195
II. Die Verwirklichung des formellen Rechts als Grundlage einer gerechten Entscheidung?.....	196
III. Die Nichtigkeitsgründe als Kompromiss im Spannungsfeld von Rechtskraft und Prozesszweck.....	197
1. Die Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß § 579 Abs. 1 ZPO unabhängig vom materiellen Inhalt des Urteils	198
2. Die letzte mündliche Verhandlung als maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen eines Nichtigkeitsgrundes als prinzipielle Gemeinsamkeit aller Nichtigkeitsgründe und die mittelbare Beeinflussung des Urteilsinhalts	202
IV. Die Wahrung rechtsstaatlicher Mindestanforderungen des Verfahrens.....	206

V.	Die Wirkungsminderung der Urteile um die materielle Rechtskraft in den Fällen des § 579 Abs. 1 ZPO – Verfahrensfehler i.S.d. § 579 Abs. 1 ZPO als echte Nichtigkeitsgründe?	207
VI.	Die heute herrschende Lehre vom fehlerhaften Urteil und die Anerkennung nichtiger Urteile in anderen, als den in § 579 Abs. 1 ZPO normierten Fallgruppen.....	211
	1. Die moderne Lehre vom Schein- oder Nichturteil	213
	2. Die moderne Lehre vom wirkungslosen und wirkungsgeminderten Urteil.....	213
	a) Wirkungslose Urteile	214
	b) Wirkungsgeminderte Urteile.....	214
VII.	Die Anfechtungsbedürftigkeit nichtiger Urteile gemäß § 579 ZPO	215
	1. Rechtsschutzmöglichkeiten gegen nichtige Urteile nach der herrschenden Meinung und die fehlende Anfechtungsbedürftigkeit.....	216
	2. Das grundsätzliche Bedürfnis nach einer (analogen) Anwendbarkeit der Nichtigkeitsklage.....	217
VIII.	Die Entstehungsgeschichte der Nichtigkeitsklage	220
	1. Die historische Herkunft der Nichtigkeitsklage: Die querela nullitatis insanabilis.....	220
	2. Der fehlende Geltungsbestand eigentlich endgültiger Urteile und der Beginn des Strebens nach mehr Rechtssicherheit	223
	3. Jüngere Vorläufer der heutigen Nichtigkeitsklage und Beschränkung der Nichtigkeitsgründe.....	223
	4. Die Nichtigkeitsklage i.S.d. § 542 CPO (§ 518 E-CPO) und die Beschränkung der Nichtigkeitsgründe auf die unumgänglich notwendigen Fälle.....	227
	5. Die Nichtigkeitstheorie des historischen Gesetzgebers.....	227
	a) Die Nichtigkeit wegen Fehlens der Grundlagen der richterlichen Gewalt in den Fällen des § 542 Abs. 1 Ziffern 1 bis 3 CPO (§ 579 Abs. 1 Ziffern 1 bis 3 ZPO).....	228
	b) Die Nichtigkeit bei Verhandeln gegen eine nicht vertretene Partei, § 542 Abs. 1 Nr. 4 CPO (§ 579 Abs. 1 Nr. 4 ZPO)	229
	6. Die Bedeutung des allgemeinen Begriffs der Nichtigkeit auf Grundlage der Rechtsauffassung des historischen Gesetzgebers	230
	a) Die Abgrenzung der nichtigen Urteile von den Schein- und Nichturteilen und das fehlende Bedürfnis, letztere mit der Nichtigkeitsklage anzufechten	230
	b) Nichtigkeit i.S.d. § 542 CPO als Wirkungsminderung um die materielle Rechtskraft und die Nichtigkeit des aus dem Urteil erlangten (Judikats-)Rechts.....	232
	c) Das Streben nach Rechtssicherheit und Rechtsfrieden	235
	d) Die Begründung einer Wiederaufnahme des Verfahrens trotz des fehlenden Kausalnexus	236
	e) Konsequenzen für das Wiederaufnahmeverfahren	236

f)	Die Begründung der weiter reichenden Wirkung der Nichtigkeitsklage und die Gegenstandslosigkeit der Restitutionsklage bei Vorliegen eines Nichtigkeitsgrundes.....	238
g)	Die Heilung der eigentlichen Nichtigkeit durch assensus	239
7.	Die Einführung des Anfechtungsprinzips.....	240
8.	Die Anfechtbarkeit nichtiger Urteile gemäß § 579 ZPO	245
a)	Zivilrechtlicher Exkurs: Anfechtung und Nichtigkeit als Gegensätze aber Anfechtbarkeit nichtiger Rechtsgeschäfte.....	245
b)	Zivilprozessuale Bewertung: Die Anfechtbarkeit nichtiger Urteile.....	246
9.	Nichtigkeitsgründe als absolute Revisionsgründe	248
10.	Zusammenfassung und Zwischenergebnis	250
IX.	§ 580 Nr. 7a ZPO als Nichtigkeitsgrund.....	253
1.	Nichtigkeit bei Identität des Streitgegenstandes.....	257
2.	Nichtigkeit bei Missachtung der Präjudizialität	257
3.	Das Prioritätsprinzip und der Vorrang des älteren Urteils.....	258
4.	Die Unanwendbarkeit des § 582 ZPO zugunsten der Rechtssicherheit	259
5.	Die Unanwendbarkeit des § 586 ZPO zugunsten der Rechtssicherheit	260
X.	Deduktion aus dem Grundsatz der Urteilswirksamkeit	260
1.	Das gemeine Recht und die Theorie von den wesentlichen Prozessbestandteilen	261
2.	<i>Von Bülow's</i> Theorie von den Prozessvoraussetzungen als Fundament der Urteilsnichtigkeit?	262
3.	Die Rechtfertigung des Grundsatzes der Urteilswirksamkeit nach Ansicht des historischen Gesetzgebers	263
a)	Die Grundlagen der Gerichtsgewalt.....	264
b)	Nichtigkeit bei Fehlen der Grundlagen der Gerichtsgewalt.....	264
4.	Die moderne Rechtfertigung des Grundsatzes der Urteilswirksamkeit.....	265
a)	Die Theorie von der Rechtsmäßigkeitsvermutung gerichtlicher Entscheidungen	266
b)	Der Wegfall der Richtigkeitswahrscheinlichkeit des Urteils	266
c)	Die herrschende Lehre von der Urteilsnichtigkeit und das Fehlen eines allgemeinen Grundgedankens	267
XI.	Der Zweck der Nichtigkeitsklage	268
1.	Schutz der durch den Verfahrensmangel betroffenen Partei.....	268
2.	Wiederherstellung des Rechtsfriedens.....	269
3.	Wahrung der Rechtssicherheit.....	269
4.	Schaffung von Rechtsgewissheit	270
5.	Die Wiederherstellung des Vertrauens in die Rechtspflege	270
6.	Die Wahrung der Autorität der staatlichen Gerichte	271
7.	Die Wahrung des Ansehens der Justiz und des Staates	271
J.	Allgemeine Grundlagen und Abgrenzungsfragen	271
I.	Wiederaufnahme des Verfahrens und Staatshaftung	272

1.	Der Staatshaftungsanspruch gemäß § 839 BGB i.V.m. Art. 34 Abs. 1 GG und die grundsätzliche Parallelität zwischen Staatshaftung und Wiederaufnahme des Verfahrens bei unrichtigen rechtskräftigen Urteilen	272
a)	Die Bestätigung des Restitutionsprinzips (§§ 580 Ziffern 1 bis 5, 581 ZPO) durch die Fernwirkung des Richterspruchprivilegs (§ 839 Abs. 2 Satz 1 BGB)	273
b)	Das Richterspruchprivileg als Folge des § 581 ZPO	273
2.	Der unionsrechtliche Staatshaftungsanspruch aus Sicht des geltenden Wiederaufnahmerechts	276
a)	Der Einfluss der Entschädigungsrechtsprechung des EuGHMR auf die Staatshaftungsrechtsprechung des EuGH	277
b)	Die Unanwendbarkeit des Richterspruchprivilegs und die fehlende Parallelität zwischen Wiederaufnahme des Verfahrens und unionsrechtlicher Staatshaftung bei unionsrechtswidrigen Urteilen.....	278
c)	Rechtskraftdurchbrechung durch Gewährung eines unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruchs?.....	280
aa)	Systematischer Vergleich zur Rechtskraftdurchbrechung gemäß § 826 BGB.....	281
bb)	Die Rechtsauffassung des historischen Gesetzgebers.....	282
cc)	Zur fehlenden Identität des Streitgegenstands	282
dd)	Zur fehlenden Identität der Parteien.....	283
d)	Warum der unionsrechtliche Staatshaftungsanspruch nicht zur Naturalrestitution führt.....	284
II.	Das Konkurrenzproblem zwischen zwei prozessualen Gestaltungsclagen: Die Abgrenzung der Wiederaufnahmeklage von der Vollstreckungsgegenklage	285
III.	Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung während des Wiederaufnahmeverfahrens, § 707 ZPO.....	288
IV.	Materiell-rechtliche Ausgleichsansprüche bei (unions-)rechtswidrigen rechtskräftigen Urteilen.....	289
1.	Wiederaufnahme des Verfahrens und Herausgabe der ungerechtfertigten Bereicherung, §§ 812 ff. BGB.....	289
a)	Der Bereicherungstatbestand: Die urteilsgemäße Leistung auf eine Nichtschuld und die <i>condictio indebiti</i> nach Beseitigung der Rechtskraft gemäß § 812 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 BGB	291
b)	Die Geltendmachung des Entreicheringseinwands gemäß § 818 Abs. 3 BGB durch die Partei, welche die Unionsrechtswidrigkeit des rechtskräftigen Urteils nicht kannte.....	291
aa)	Kein Schadensersatzanspruch gemäß § 717 Abs. 2 ZPO analog.....	292
bb)	Keine Erstattungspflicht gemäß § 717 Abs. 3 ZPO analog	293
2.	Wiederaufnahme des Verfahrens und Schadensersatzklagen aus §§ 823 ff. BGB und § 826 BGB	295

V.	Das unionsrechtswidrige Urteil und die systemwidrige Klage aus § 826 BGB als Mittel zur Rechtskraftdurchbrechung bei Sittenwidrigkeit	296
1.	Zu den Voraussetzungen der materiell-rechtlichen Klage gemäß § 826 BGB	297
a)	Materielle Unrichtigkeit des Urteils und Durchbrechung der Rechtskraft gemäß § 826 BGB bei offenkundigen Rechts-(anwendungs-)fehlern	297
b)	Das regelmäßige Fehlen der „besonderen Umstände“	298
2.	Zur Anwendbarkeit der materiell-rechtlichen Klage aus § 826 BGB	299
3.	Keine Beseitigung der materiellen Rechtskraft gemäß § 826 BGB	300
VI.	Wiederaufnahme des Verfahrens und Verjährung gemäß § 194 ff. BGB	300
1.	Verjährungsablauf trotz rückwirkender Beseitigung der Rechtskraft?	302
2.	Verjährung des Anspruchs auf Rückgewähr des ohne Rechtsgrund urteilsgemäß Geleisteten?	303
VII.	Die fehlende Möglichkeit zur Wiederaufnahme rechtskräftig geschlossener Verfahren bei rechtswidrigen Urteilen in den Fällen des § 79 Abs. 2 BVerfGG	303
1.	Die Fortbestandsgarantie, § 79 Abs. 2 Satz 1 BVerfGG	303
2.	Die Erweiterung des Rechtsschutzes gemäß § 79 Abs. 2 Satz 2 und Satz 3 BVerfGG: Die Unzulässigkeit der Vollstreckung und die gesetzlich angeordnete Analogie des § 767 ZPO	305
3.	Das Konterkarierungsverbot, § 79 Abs. 2 Satz 4 BVerfGG: Der Ausschluss der „Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung“	306

Teil IV: Die direkte Anwendbarkeit der Restitutionsklage bei kausalen Mängeln in der (unions-)rechtlichen Urteilsgrundlage in unionsrechtskonformer Auslegung des § 580 ZPO.....307

A.	Der Grundsatz der unionsrechtskonformen Auslegung (Auslegungsvorrang) und die unionsrechtskonforme Auslegung der Wiederaufnahmegründe	307
B.	Die Restitutionsklage gemäß §§ 580 Ziffer 5, 581 ZPO i.V.m. § 339 StGB wegen Beugung des (Unions-)Rechts.....	308
I.	Die direkte Anwendbarkeit der Restitutionsklage gemäß §§ 580 Nr. 5, 581 Abs. 1 Halbs. 1 ZPO i.V.m. § 339 StGB nach rechtskräftiger Verurteilung.....	308
II.	Zum grundsätzlichen Erfordernis einer rechtskräftigen Verurteilung gemäß § 581 Abs. 1 Halbs. 1 ZPO und zur Ausnahme i.S.d. § 581 Abs. 1 Halbs. 2 ZPO	311

III. Restitutionsklage gemäß §§ 580 Ziffer 5, 581 ZPO i.V.m. § 339 StGB, wegen Beugung des formellen Unionsrechts.....	314
C. Die Anwendbarkeit des § 580 Nr. 8 ZPO bei Verletzungen des Art. 6 Abs. 1 EMRK zur Korrektur von willkürlichen Vorlagepflichtverletzungen i.S.d. Art. 267 AEUV	315
D. Ergebnis: Die direkte Anwendbarkeit der Restitutionsklage gemäß §§ 580 Nr. 5, 581 ZPO i.V.m. § 339 StGB und gemäß § 580 Nr. 8 ZPO	317

**Teil V: Die analoge Anwendbarkeit der Restitutionsklage bei
Mängeln in der materiell-(unions-)rechtlichen Urteilsgrundlage –
eine Frage nach der Erweiterung des engen Restitutionsprinzips318**

A. Die analoge Anwendbarkeit der Restitutionsklage bei evidenten Mängeln in der rechtlichen Urteilsgrundlage im Allgemeinen	318
I. Das enge Restitutionsprinzip der höchstmöglichen Beweissicherheit <i>Gauls</i> und die prinzipiell fehlende Möglichkeit zur Korrektur von Mängeln in der rechtlichen Urteilsgrundlage.....	318
II. Der Streit innerhalb der herrschenden Meinung: Bestätigung des engen Restitutionsprinzips einerseits und Erweiterung auf evidente Rechts-(anwendungs-)fehler andererseits	320
1. Die Bestätigung des engen Restitutionsprinzips	320
2. Die Erweiterung des Restitutionsprinzips auf offenkundige Mängel in der rechtlichen Urteilsgrundlage	321
III. Die Korrektur materiell-rechtlicher Mängel nach dem Gegenmodell	322
1. Anpassung von „Vorausentscheidungen“ an die Rechtsprechung und volumfängliche Korrektur rechtlicher Mängel ex nunc	323
2. Keine Ergebnisfehlerrestitution zur Korrektur rechtlicher Mängel ex tunc	323
IV. Stellungnahme.....	324
1. Die Änderung der Rechtsprechung oder der Wandel der Rechtsauffassung des EuGH berechtigt nicht zur Wiederaufnahme des Verfahrens (analog).....	325
2. Die Begründung, warum nicht jedes unrichtige unionsrechtswidrige Urteil angefochten werden kann.....	326
3. Die Hilfsnatur der Restitutionsklage (§ 582 ZPO) und das Restitutionsverfahren als dritte außerordentliche Tatsacheninstanz.....	328
4. Keine Korrektur reiner Rechts-(anwendungs-)fehler gemäß § 580 ZPO analog	329
5. Die Verbindung der Urkundenrestitution zum Rechtsmittelrecht.....	332
6. Die Korrektur bisher übersehener Mängel	334
7. Evidenz und Offenkundigkeit von Mängeln in der materiellen Rechtsgrundlage	335
8. Das begrenzt erweiterte Restitutionsprinzip.....	339

V.	Die historische Herkunft der Restitutionsklage	345
1.	Die restitutio in integrum.....	345
2.	Jüngere Vorläufer der heutigen Restitutionsklage und Beschränkung der Restitutionsgründe	346
3.	Die Beschränkung der Restitutionsgründe auf die unumgänglich notwendigen Fälle durch den historischen Gesetzgeber.....	347
a)	Die restitutio propter dolum.....	347
b)	Die restitutio propter noviter reperta.....	347
VI.	Das Bedürfnis nach einer Erweiterung des engen Restitutionsprinzips	348
1.	Die 1877 herrschende materiell-rechtliche Rechtskraftlehre und das fehlende Bedürfnis für eine Möglichkeit zur Korrektur materiell-rechtlicher Mängel	348
2.	Jüngere Interpretationen der materiell-rechtlichen Rechtskraftlehre	349
3.	Die Unvereinbarkeit materiell-rechtlicher Rechtskraftlehren mit dem Unionsrecht.....	349
4.	Die Existenz (unions-)rechtswidriger Urteile	351
VII.	Die Begründung des begrenzt erweiterten Restitutionsprinzips	351
1.	Die Verfälschung der Urteilsgrundlage, §§ 580 Nrn 1 bis 5, 581 ZPO.....	352
a)	Die Verfälschung der Tatsachengrundlage, §§ 580 Nrn 1 bis 3, 581 ZPO	352
b)	Verfälschung der Urteilsgrundlage, §§ 580 Ziffern 4 und 5, 581 ZPO ...	353
aa)	Straftat des Gegners oder seines Vertreters als Mangel in der tatsächlichen Urteilsgrundlage.....	353
bb)	Die Amtspflichtverletzung des Richters als Mangel in der tatsächlichen Urteilsgrundlage.....	354
c)	Die Bindung des Restitutionsrichters an die Feststellungen des Strafurteils im iudicium rescindens	354
aa)	Die jüngere Rechtsprechung und der überwiegende Teil des Schrifttums: Die Bindung des Restitutionsrichters nur in der Zulässigkeit.....	355
bb)	Die Lehre von der Tatbestandswirkung (mit Reflexwirkungen gegenüber Dritten) und die ältere Rechtsprechung: Die Bindung des Restitutionsrichters auch in der Begründetheit.....	355
cc)	Stellungnahme.....	356
(1)	Der Grundsatz der fehlenden Bindung an rechtskräftige Strafurteile außerhalb des iudicium rescindens	356
(a)	Keine Rechtskraftbindung: Der Grundsatz der fehlenden Präjudizialität.....	356
(b)	Keine Bindung des (Zivil-)Gerichts an die tatsächlichen Feststellungen des Strafgerichts	357
(c)	Die Gegenstandslosigkeit des § 14 Abs. 2 EGZPO.....	357
(d)	Die Möglichkeit zur Aussetzung bei Verdacht einer Straftat, § 149 ZPO	358

(2) Die Tatbestandswirkung gemäß §§ 580 Ziffern 1 bis 5, 581 ZPO im iudicium rescindens	358
(3) Das Strafurteil als Urkunde mit besonderer Beweiskraft i.S.d. § 580 ZPO	360
(4) Keine Bindung an das Strafurteil im iudicium rescissorium.....	361
d) Zwischenergebnis: Bestätigung des begrenzt erweiterten Restitutionsprinzips	361
2. Die Ergänzung der Urteilsgrundlage, § 580 Ziffern 6 und 7 ZPO	362
a) Der Wegfall der Urteilsgrundlage durch Vorlage eines Aufhebungsurteils, § 580 Ziffer 6 ZPO	362
aa) Die Aufhebung eines Strafurteils als Wegfall der Beweisgrundlage	362
bb) Die Aufhebung von anderen Urteilen als Wegfall der präjudiziellen Rechtskraftwirkung	363
cc) Die Erschütterung des engen Restitutionsprinzips durch die Erweiterung des Anwendungsbereichs der Nr. 6 des § 580 ZPO	363
dd) Das Aufhebungsurteil als Urkunde mit besonderer Beweiskraft.....	364
ee) Der Grund für die Aufhebung des Basisurteils	365
b) Die Nichtbeachtung der Ziffer 7a des § 580 ZPO bei der Bildung des Restitutionsprinzips	365
aa) Die historische Bedeutung der Ziffer 7a im Spannungsverhältnis zwischen Rechtskraft und Prozesszweck	365
bb) § 580 Nr. 7a ZPO nach der heutigen prozessualen Rechtskraftlehre	367
c) Erschütterung der tatsächlichen Urteilsgrundlage, § 580 Nr. 7b ZPO.....	368
d) Zwischenergebnis: Bestätigung des begrenzt erweiterten Restitutionsprinzips	369
3. Die Konventionsrechtswidrigkeit der Urteilsgrundlage, § 580 Nr. 8 ZPO	369
a) Der Zweck der Individualbeschwerde und die Vereinbarkeit der neuen Nr. 8 mit dem weiten Restitutionsprinzip.....	369
b) Die Vereinbarkeit der neuen Nr. 8 mit dem Wiederaufnahmeprinzip der Evidenz	369
c) Die Unvereinbarkeit der neuen Ziffer 8 mit dem engen Restitutionsprinzip	371
aa) Keine Erschütterung der tatsächlichen Urteilsgrundlage	371
bb) Keine Korrektur reiner Rechtsmängel	371
cc) Die Konventionsrechtswidrigkeit als innerer Grund für die Restitution und das endgültige Urteil des EuGHMR als Urkunde mit besonderer Beweiskraft	372
dd) Kein Beweis der inhaltlichen Richtigkeit	373
ee) Die gesetzliche Anordnung der Tatbestandswirkung des EuGHMR-Urteils im iudicium rescindens gemäß § 580 Ziffer 8 ZPO	375
(1) Keine prozessuale Gestaltungswirkung des EuGHMR-Urteils	375

(2) Keine materielle Rechtskraftwirkung des EuGHMR-Urteils im iudicium rescindens	376
(3) Die Tatbestandswirkung des EuGHMR-Urteils	376
(a) Die Tatbestandswirkung im gesamten iudicium rescindens	376
(b) Die Rechtfertigung der „Reflexwirkung“ des EuGHMR-Urteils zulasten der dritten, im Vorprozess obsiegenden Partei	378
(aa) Die Beteiligung der dritten Partei am Individualbeschwerdeverfahren, Art. 36 EMRK, Art. 44 VerfO-EuGHMR	379
(bb) Der systematische Vergleich: Die nicht- kassatorische Individualbeschwerde einerseits, sowie die Urteilsverfassungsbeschwerde und die direkte Durchbrechung der Rechtskraft gemäß § 95 Abs. 2 BVerfGG andererseits	380
ff) Kausalität: Das Urteil des EuGHMR im Verhältnis zum Vorprozessergebnis	382
VIII. Der Einfluss des § 79 Abs. 2 BVerfGG auf die Frage nach der analogen Anwendbarkeit des § 580 ZPO	384
1. Die Fernwirkung des § 79 Abs. 2 BVerfGG als Bestätigung des engen Restitutionsprinzips	384
2. Die Gegenauffassung: Die Erforderlichkeit des § 79 Abs. 2 BVerfGG wegen der Möglichkeit zur Korrektur von Rechtsmängeln gemäß § 580 ZPO (analog)	385
3. Stellungnahme und eigene Auffassung: Die Vereinbarkeit des begrenzt erweiterten Restitutionsprinzips mit § 79 Abs. 2 BVerfGG	385
IX. Zur grundsätzlich fehlenden Planwidrigkeit der Regelungslücke	386
1. Die Entscheidung des Gesetzgebers gegen die Einführung eines Wiederaufnahmegrundes zur Korrektur reiner Rechtsfehler	387
2. Das zweite Justizmodernisierungsgesetz vom 22. Dezember 2006 und die Bestätigung der fehlenden Planwidrigkeit der Regelungslücke	388
X. Systematischer Vergleich zum Strafprozessrecht	388
B. Die Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Restitutionsklage bei evidenten Mängeln in der unionsrechtlichen Urteilsgrundlage im Einzelnen	391
I. Die Restitutionsklage gemäß §§ 580 Ziffer 5, 581 Abs. 1 Halbs. 1 ZPO analog zur Korrektur von Mängeln in der unionsrechtlichen Urteilsgrundlage	392
1. Keine Wiederaufnahme des Verfahrens unter den Voraussetzungen des unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruchs de lege lata	392

2.	Zur Anwendbarkeit der §§ 580 Nr. 5, 581 Abs. 1 Halbs. 1 ZPO analog bei Verwirklichung des objektiven und subjektiven Tatbestandes der Rechtsbeugung i.S.d. § 339 StGB ohne Schuld oder ohne Rechtswidrigkeit.....	393
3.	Zur analogen Anwendbarkeit der §§ 580 Nr. 5, 581 Abs. 1 Halbs. 1 ZPO bei Anwendung des Unionsrechts in objektiv unvertretbarer Weise ohne Vorsatz	395
4.	Die analoge Anwendbarkeit der §§ 580 Ziffer 5, 581 Abs. 1 Halbs. 1 ZPO nach Feststellung der Unionsrechtswidrigkeit eines rechtskräftigen Urteils durch den EuGH?	397
II.	Wegfall der unionsrechtlichen Urteilsgrundlage, § 580 Nr. 6 ZPO analog	399
1.	Nicht hierhergehörende Fälle: Nachträglicher Erlass eines Urteils des EU-Gerichtshofes, aus dem die (vermeintliche) Unionsrechtswidrigkeit der Entscheidung hervorgeht	399
a)	BFH, Beschluss vom 27. September 1977, BFHE 123, 310	399
b)	Das Sportwetten-Urteil des OLG Köln	401
c)	LAG Hessen, NZA-RR 2013, 551	401
d)	Keine vergleichbare Interessenlage wegen des Fehlens der für § 580 Nr. 6 ZPO typischen Dreierkonstellation.....	402
2.	Das rechtskräftige Urteil beruht auf einer unionsrechtswidrigen Norm.....	403
a)	Nichtigkeitsklage, Art. 263, 264, 266 AEUV	403
b)	Gültigkeitsentscheidung, Art. 267 Abs. 1 lit. b) Var. 1 AEUV	404
c)	Anwendung einer unionsrechtswidrigen nationalen Norm.....	404
aa)	Feststellung im Vertragsverletzungsverfahren, Art. 258 AEUV	404
bb)	Auslegungsentscheidung, Art. 267 Abs. 1 lit. a) und b) Var. 2 und 3 AEUV	405
d)	Keine analoge Anwendbarkeit des § 580 ZPO bei Wegfall einer unionsrechtswidrigen Norm	405
aa)	Die Fernwirkung des § 79 Abs. 2 BVerfGG.....	406
bb)	Die Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung, § 79 Abs. 2 Satz 2 und 3 BVerfGG i.V.m. § 767 ZPO	409
cc)	Kein Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung, § 79 Abs. 2 Satz 4 BVerfGG.....	409
dd)	Beachtung der Präjudizialität von unionsrechtswidrigen Entscheidungen	410
3.	Die Aufhebung eines unionsrechtswidrigen nationalen Basisurteils durch den EuGH (analog § 95 Abs. 2 BVerfGG), auf dem das rechtskräftige Urteil gründet.....	411
4.	Die Aufhebung von Urteilen des EU-Gerichtshofes, auf denen das rechtskräftige Urteil gründet.....	412
a)	Das Vorabentscheidungsurteil als Basisurteil.....	413
b)	Die Aufhebung eines Basisurteils durch Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß Art. 44 der Satzung des Gerichtshofes	414

5. Die Aufhebung eines bestandskräftigen unionsrechtswidrigen Verwaltungsakts, auf dem das rechtskräftige Urteil gründet.....	416
6. Die Nichtigkeit oder Ungültigkeit eines Kommissionsbeschlusses, auf welchem das rechtskräftige (Zivil-)Urteil gründet, § 580 Nr. 6 ZPO analog.....	418
a) Beispiele aus den Bereichen des Beihilfen- und des Kartellrechts.....	418
aa) Rückwirkende Aufhebung eines Kommissionsbeschlusses im Kartellrecht	418
bb) Rückwirkende Aufhebung eines Positivbeschlusses der EU-Kommission im Beihilfenrecht	421
cc) Rückwirkende Aufhebung eines abschließenden Negativbeschlusses der EU-Kommission im Beihilfenrecht	421
b) Die Analogie zum Wegfall der Beweisgrundlage.....	422
c) Die Analogie bei rückwirkendem Wegfall der Bindungswirkung i.S.d. Art. 288 Abs. 4 AEUV i.V.m. Art. 4 Abs. 3 EUV	423
aa) Die EU-Kommission als eine mit einem Gericht vergleichbare Behörde	424
bb) Die Basisurteilsähnlichkeit des Kommissionsbeschlusses	424
cc) Die Aufhebung des Kommissionsbeschlusses ex tunc unter engen Voraussetzungen und die Rechtskraft der Aufhebungsentscheidung	425
dd) Die besondere Beweiskraft der Aufhebungsentscheidung.....	426
d) Besonderheiten beim rückwirkenden Wegfall der Tatbestandswirkung eines Kommissionsbeschlusses	427
e) Die Vereinbarkeit mit § 79 Abs. 2 BVerfGG	431
f) Die Voraussetzungen des § 582 ZPO	431
g) Die rückwirkende Beseitigung der Tatbestandswirkung des rechtskräftigen unionsgerichtlichen Urteils i.S.d. § 33 Abs. 4 Satz 2 GWB.....	432
7. Rechtskräftiges Verletzungsurteil und rückwirkende Vernichtung eines (unionsrechtlichen) Schutzrechts (mit einheitlicher Wirkung) im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes	433
a) Die Auffassung des BGH und des patentrechtlichen Schrifttums von der analogen Anwendbarkeit des § 580 Nr. 6 ZPO	433
b) Der Grundsatz der Gleichwertigkeit und die analoge Anwendbarkeit des § 580 Nr. 6 ZPO.....	435
c) Die Ansicht des Reichsgerichts und der Bedeutungswandel der Nr. 6 des § 580 ZPO	435
d) Die analoge Anwendbarkeit der Nr. 6 im Rahmen des begrenzt erweiterten Restitutionsprinzips.....	436
e) Unterschiede und Parallelen zu § 79 Abs. 2 BVerfGG.....	437
III. Entscheidungen der Unionsorgane als Urkunden i.S.d. § 580 Nr. 7b ZPO.....	438
1. Das Urteil des EU-Gerichtshofes als Urkunde i.S.d. § 580 Nr. 7b ZPO?	438
a) Ein Beispiel aus der Praxis: Das Sportwetten-Urteil des OLG Köln.....	438

b)	In Betracht kommende Fallgruppen für die Untersuchung.....	440
aa)	Auslegungsentscheidungen i.S.d. Art. 267 Abs. 1 lit. a) und b) Var. 2 und 3 AEUV als Urkunden i.S.d. § 580 Ziffer 7b ZPO?.....	440
bb)	Nichtigkeitsurteile i.S.d. Art. 263, 264 AEUV und Gültigkeitsentscheidungen i.S.d. Art. 267 Abs. 1 lit. b) Var. 1 AEUV als Urkunden i.S.d. § 580 Ziffer 7b ZPO?	440
cc)	Feststellungsurteil in Folge eines Vertragsverletzungs- verfahrens als Urkunde i.S.d. § 580 Ziffer 7b ZPO?	440
c)	EuGH-Urteile sind Urkunden i.S.d. ZPO	441
d)	„Auffinden“ (Alt. 1) oder „zu benutzen in den Stand gesetzt“ (Alt. 2) i.S.d. § 580 Nr. 7b ZPO	441
e)	Das Zeitmoment: Das EuGH-Urteil als rückbezügliche Urkunde	442
f)	EuGH-Urteile sind keine Urkunden i.S.d. § 580 Nr. 7b ZPO – Das Beweisthema wird nicht von der besonderen Beweiskraft der Urkunde gedeckt	445
g)	Die unionsrechtliche Rechtskraft im Unterschied zur Beweiskraft i.S.d. § 580 Nr. 7 ZPO	449
h)	Rückwirkendes materiell-rechtliches Gestaltungsurteil als Urkunde i.S.d. § 580 Nr. 7b ZPO	450
2.	Der Kommissionsbeschluss als Urkunde i.S.d. § 580 Nr. 7b ZPO?.....	450
IV.	EuGH-Entscheidungen als Urkunden i.S.d. § 580 Nr. 8 ZPO analog?.....	453
1.	Keine analoge Anwendbarkeit des § 580 Nr. 8 ZPO bei Vorlage eines Vorabentscheidungsurteils.....	455
2.	Das rechtskräftige Vertragsverletzungsurteil als Urkunde i.S.d. § 580 Nr. 8 ZPO analog?.....	456
C.	Ergebnis zur analogen Anwendbarkeit der Restitutionsklage gemäß § 580 ZPO innerhalb des begrenzt erweiterten Restitutionsprinzips	468
Teil VI: Zur analogen Anwendbarkeit der Nichtigkeitsklage		472
A.	Die Bildung eines engeren Prinzips der Nichtigkeitsklage	472
I.	Das Prinzip der fehlenden Grundlagen der richterlichen Gewalt	473
1.	Erschütterung der Grundlagen der richterlichen Gewalt in den Fällen des § 579 Abs. 1 Ziffern 1 bis 3 ZPO wegen der Mitwirkung eines Richters, der nicht hätte mitwirken dürfen	473
2.	Das Verhandeln gegen eine nicht vertretene Partei, § 579 Abs. 1 Nr. 4 ZPO	474
3.	Das gemeinsame geistige Band der Nichtigkeitsgründe: Das Fehlen der Grundlagen der richterlichen Gewalt im Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung	475
II.	Das Nichtigkeitsprinzip und die analoge Anwendbarkeit des § 579 ZPO zur Beseitigung unwirksamer und um die materielle Rechtskraft wirkungsgeminderter Urteile	476

III. Die Geltung des Wiederaufnahmeprinzips der Evidenz bei der Nichtigkeitsklage	478
1. Die Geltung des Wiederaufnahmeprinzips der Evidenz: Die Korrektur von im Ausgangsverfahren übersehener Mängel in der verfahrensmäßigen Urteilsgrundlage als prinzipielle Gemeinsamkeit aller Nichtigkeitsgründe	478
2. Die rechtshistorische Bestätigung des Prinzips: Die gemeinrechtliche Nichtigkeit bei unerkannt gebliebenen Verfahrensmängeln.....	483
B. Zur analogen Anwendbarkeit der Nichtigkeitsklage bei evident unionsrechtlichen Verfahrensfehlern.....	483
I. Die Wiederaufnahme des Verfahrens bei Unzuständigkeit des Gerichts im Verhältnis zu einem Organ der EU	484
1. Die Unzuständigkeit des Gerichts im Verhältnis zum EU-Gerichtshof.....	484
a) Beseitigung der Rechtskraft der Zuständigkeitsentscheidung gemäß § 36 Nr. 5 ZPO analog?.....	487
b) Beseitigung der Rechtskraft der Sachentscheidung gemäß § 579 Abs. 1 ZPO analog?	488
aa) Unionsrechtswidrige Urteile sind keine Schein- oder Nichturteile	488
bb) Das Urteil eines im Verhältnis zum EU-Gerichtshof unzuständigen Gerichts als wirkungsloses oder wirkungsgemindertes Urteil und die analoge Anwendbarkeit des § 579 Abs. 1 ZPO	489
2. Die Unzuständigkeit eines nationalen (Zivil-)Gerichts im Verhältnis zur EU-Kommission	492
3. Ergebnis: Die analoge Anwendbarkeit des § 579 Abs. 1 ZPO bei Unzuständigkeit eines nationalen Gerichts im Verhältnis zum EU-Gerichtshof.....	494
II. Die Wiederaufnahme rechtskräftig geschlossener Verfahren wegen Verletzung der Vorlagepflicht	494
1. Allgemeine Vorüberlegungen zur Verletzung der Vorlagepflicht aus Art. 267 AEUV im Vorprozess	495
a) Der Vorlagegegenstand.....	495
aa) Die Auslegung des Unionsrechts, d.h. der Verträge und der Handlungen der Organe, Art. 267 Abs. 1 lit. a) und b) AEUV.....	495
bb) Die Gültigkeit der Handlungen der Organe, Art. 267 Abs. 1 lit. b) AEUV	496
b) Berechtigte Zweifel an der Auslegung oder Gültigkeit des Unionsrechts	496
c) Entscheidungserheblichkeit	496
d) Die Vorlagepflicht.....	497
aa) Die Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte, Art. 267 Abs. 3 AEUV	497

bb) Die Vorlagepflicht nicht letztinstanzlicher Gerichte	498
e) Ausnahmen von der Vorlagepflicht	499
2. Das Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV) im Rahmen des Wiederaufnahmeverfahrens (§§ 578 ff. ZPO)	500
a) Zur Vorlagepflicht im Wiederaufnahmeverfahren	501
aa) Zur Vorlagepflicht im iudicium rescindens	501
(1) Zuständigkeit (§ 584 ZPO) und Letztinstanzlichkeit (Art. 267 AEUV), § 591 ZPO	501
(2) Die in Betracht kommenden Vorabentscheidungsfragen	502
(a) Keine Vorlage der Frage, ob die Vorlagepflicht im Vorprozess verletzt wurde	502
(b) Keine Nachholung der im Vorprozess (vermeintlich) verletzten Vorlagepflicht	502
(c) Die Vorlage der Frage, ob eine unionsrechtliche Pflicht zur Durchbrechung der Rechtskraft besteht	503
(3) Die grundsätzliche Vereinbarkeit der analogen Anwendbarkeit der Nichtigkeitsklage mit dem Grundsatz der Subsidiarität, § 579 Abs. 2 ZPO	503
bb) Zur Vorlagepflicht im iudicium rescissorium	504
(1) Die Nachholung der im Vorprozess übersehenen Vorlagepflicht	505
(2) Erlass einer ersetzenden Entscheidung unter Berücksichtigung des Vorabentscheidungsurteils	506
b) Verletzung der Vorlagepflicht durch fehlerhafte Nichtzulassung der Revision	506
aa) Die fehlerhafte Nichtzulassung durch das Berufungsgericht	507
bb) Die fehlerhafte Nichtzulassung der Revision durch Ablehnungsbeschluss des Revisionsgerichts	509
(1) Nichtzulassungsbeschwerde verwerfender Beschluss, § 544 Abs. 4 Satz 1 ZPO	509
(2) Nichtzulassungsbeschwerde zurückweisender Beschluss	512
c) Zwischenergebnis: Das Wiederaufnahmeverfahren der Nichtigkeitsklage eignet sich prozessual zur Korrektur von Vorlagepflichtverletzungen	513
3. Keine analoge Anwendbarkeit der Restitutionsklage zur Korrektur von Vorlagepflichtverletzungen	513
4. Keine Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß § 579 Abs. 1 (Nr. 1) ZPO analog bei einfacher Verletzung der Vorlagepflicht i.S.d. Art. 267 AEUV	515
5. Das Spannungsverhältnis zwischen Prozesszweck und Rechtskraft bei Verletzung der Vorlagepflicht	519
6. Keine Analogie zugunsten der Wahrung der Rechtseinheit innerhalb der EU nach dem Grundsatz der Gleichwertigkeit	524

a)	Systematischer Vergleich der Gültigkeitsvorlage gemäß Art. 267 Abs. 1 lit. b) Var. 1 AEUV mit der Vorlage zum BVerfG i.S.d. Art. 100 Abs. 1 GG.....	524
b)	Systematischer Vergleich der Auslegungsvorlage i.S.d. Art. 267 Abs. 1 lit. a) und b) Var. 2 und 3 AEUV mit Divergenzvorlagen i.S.d. deutschen Rechts	525
aa)	Divergenzvorlage an den Großen Senat, § 132 Abs. 2 GVG	525
bb)	Vorlagepflicht zum GmS-OGb, Art. 95 Abs. 3 GG i.V.m. §§ 2, 11, 16 RsprEinhG	526
c)	Keine analoge Anwendbarkeit des § 579 Abs. 1 Ziffer 1 ZPO bei Verletzung nationaler Vorlagepflichten	526
7.	Die analoge Anwendbarkeit des § 579 Abs. 1 Ziffer 1 ZPO bei willkürlicher Verletzung der Vorlagepflicht?.....	527
a)	Entzug des gesetzlichen Richters, Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG	527
aa)	Grundsätzliche Verkenntung der Vorlagepflicht	528
bb)	Bewusstes Abweichen von der Rechtsprechung des EuGH.....	529
cc)	Unvollständigkeit der Rechtsprechung des EuGH.....	529
b)	Die Verletzung des rechtlichen Gehörs, Art. 103 GG	531
c)	Das Verfahrensgrundrechtsprinzip: § 579 Abs. 1 ZPO analog zur Korrektur von Verfahrensgrundrechtsverletzungen?.....	532
d)	Die Ablehnung des Verfahrensgrundrechtsprinzips	534
e)	Zwischenergebnis: Keine analoge Anwendbarkeit des § 579 Abs. 1 ZPO bei willkürlicher Verletzung der Vorlagepflicht.....	542
8.	Das Vertragsverletzungsurteil des EuGH als entscheidendes Kriterium?.....	542
a)	Keine analoge Anwendbarkeit der Nichtigkeitsklage, wenn der EuGH die Verletzung der Vorlagepflicht im Vertragsverletzungsverfahren festgestellt hat.....	544
b)	Keine analoge Anwendbarkeit des § 580 Nr. 7a ZPO bei nachträglichem Erlass eines Vertragsverletzungsurteils	545
9.	Ergebnis: Keine Nichtigkeitsklage gemäß § 579 Abs. 1 ZPO analog bei (willkürlicher) Verletzung der Vorlagepflicht.....	545
III.	Die Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß § 580 Nr. 7a ZPO analog zur Lösung von Konflikten zwischen Entscheidungen von Organen der Union einerseits und Entscheidungen nationaler Gerichte andererseits	546
1.	Die Urteilkollision zwischen einem Urteil des EU-Gerichtshofes und einem nationalen Urteil innerhalb der Rechtskraftwirkung.....	546
a)	Urteile des EU-Gerichtshofes als Urteile i.S.d. § 580 Ziffer 7a ZPO	548
b)	Der Urteilkonflikt innerhalb der Rechtskraftbindung zwischen einem nationalen Urteil und einem früher rechtskräftig gewordenen (Zivil-)Urteil des EU-Gerichtshofes, § 580 Ziffer 7a ZPO analog	548
c)	Der Fall eines rechtskräftigen Leistungsurteils und rückwirkender Aufhebung eines unionsrechtlichen Rechtsverhältnisses durch ein materiell-rechtliches Gestaltungsurteil – kein Fall der Urteilkollision innerhalb der Rechtskraftwirkung.....	549

d) Keine analoge Anwendbarkeit der Nr. 7a des § 580 ZPO nach Nichtigkeits- (Art. 263, 264 AEUV) und Ungültigkeitsentscheidungen (Art. 267 Abs. 1 lit. b Var. 1 AEUV) der Unionsgerichte	549
e) Keine analoge Anwendbarkeit des § 580 Nr. 7a ZPO nach Feststellung der Unionsrechtswidrigkeit eines Urteils im Vertragsverletzungsverfahren, Art. 258 AEUV	550
f) Keine analoge Anwendbarkeit des § 580 Nr. 7a ZPO nach Übersehen einer Vorabentscheidung	550
aa) Keine Wiederaufnahme des Ausgangsverfahrens, in dem ein Vorabentscheidungs Urteil des EuGH ergangen ist und dessen Rechtskraftwirkung übersehen wurde.....	551
bb) Keine Wiederaufnahme des Verfahrens bei Missachtung einer Vorabentscheidung eines parallel gelagerten Verfahrens.....	555
g) Keine Beseitigung der Rechtskraft eines EuGH Urteils	556
2. Missachtung eines bestehenden Kommissionsbeschlusses oder Widerspruch zu einem nachträglich erlassenen Kommissionsbeschluss	557
a) Widerspruch zu einem bestehenden Kommissionsbeschluss	558
b) Widerspruch zu einem nachträglich erlassenen Kommissionsbeschluss	561
aa) Kein neuer Streitgegenstand durch Erlass des Kommissionsbeschlusses	563
bb) Keine Wiederaufnahme des Verfahrens analog § 580 Nr. 7a ZPO ..	565
cc) Keine Vollstreckungsgegenklage, § 767 Abs. 2 ZPO analog.....	568
3. Ergebnis: Die analoge Anwendbarkeit der Nichtigkeitsklage gemäß § 580 Nr. 7a ZPO bei früher rechtskräftig gewordenen Entscheidungen des EU-Gerichtshofes und im Vorprozess bereits bestehenden bindenden Kommissionsbeschlüssen	570

Teil VII: Die Vereinbarkeit der fehlenden Möglichkeit zur Wiederaufnahme rechtskräftig geschlossener Verfahren mit dem Unionsrecht und die Frage nach einem unionsrechtlichen Anspruch auf Durchbrechung der Rechtskraft bei unionsrechtswidrigen Urteilen.....

A. Befürworter eines ungeschriebenen unmittelbar unionsrechtlichen Anspruchs auf Durchbrechung der Rechtskraft unionsrechtswidriger Urteile	573
B. Gegner eines unmittelbar unionsrechtlichen Anspruchs auf Beseitigung der Rechtskraft bei fehlender Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Verfahrens.....	574

C. Stellungnahme unter Beachtung der jüngsten EuGH-Rechtsprechung: Keine unionsrechtliche Pflicht zur Wiederaufnahme rechtskräftig geschlossener Verfahren – zugleich eine Stellungnahme gegen einen ungeschriebenen unmittelbar unionsrechtlichen Anspruch auf Durchbrechung der Rechtskraft.....	575
D. Keine Lösung des Konflikts zwischen Prozesszweck und Rechtskraft mithilfe des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs.....	576
I. Kein unionsrechtlicher Anwendungsvorrang bei „indirekten Kollisionen“ zwischen materiellem Unionsrecht und nationaler Rechtskraft	577
II. Keine Wirkungslosigkeit unionsrechtswidriger Urteile durch Unanwendbarkeit des § 322 ZPO	578
III. Keine nachträgliche Durchbrechung der Rechtskraft	579
IV. Direkte Kollisionen auf dem Gebiet des Verfahrensrechts.....	580
V. Die Vereinbarkeit des geltenden Wiederaufnahmerechts mit dem Vorrang des Unionsrechts	581
E. Der Grundsatz der Verfahrensausonomie der Mitgliedstaaten	581
F. Rechtsvergleichende Analyse.....	584
I. Die Verwirklichung des materiellen Rechts als primärer Zweck des Prozesses kontinentaleuropäischer Mitgliedstaaten	585
II. Der Grundsatz der res iudicata als allgemeiner Rechtsgrundsatz.....	585
III. Das (unions-)rechtswidrige Urteil als Problem aller Mitgliedstaaten.....	587
IV. Die Wiederaufnahme des Verfahrens als allgemein anerkanntes Prozessinstitut, eine rechtsvergleichende Analyse der Wiederauf- nahmegründe und die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen ihrer Ausdehnung zur Korrektur (unions-)rechtlicher Mängel in der Urteilsgrundlage	588
1. Die Wiederaufnahme des Verfahrens in Frankreich	591
a) Wiederaufnahmegründe, Art. 595 Abs. 1 Ziffern 1 bis 4 C.P.C.....	592
b) Korrektur einer Urteilsollision gemäß Art. 618 C.P.C.	593
c) Grundsätzlich keine Wiederaufnahme des Verfahrens bei Mängeln in der (unions-)rechtlichen Urteilsgrundlage	594
2. Die Wiederaufnahme des Verfahrens in Griechenland	594
a) Wiederaufnahmegründe, Art. 544 Nrn 1 bis 5 und Nr. 9 EL-ZPO.....	594
b) Wiederaufnahmegründe, Art. 544 Nrn 6 bis 8 EL-ZPO	595
c) Prinzipiell keine Wiederaufnahme des Verfahrens bei Mängeln in der (unions-)rechtlichen Urteilsgrundlage	596
3. Die Wiederaufnahme des Verfahrens in Italien.....	596

a)	Die Wiederaufnahmegründe, Art. 395 Nrn 1 bis 6 Cod.Proc.Civ.It.....	597
b)	Grundsätzlich keine Wiederaufnahme des Verfahrens bei Mängeln in der (unions-)rechtlichen Urteilsgrundlage	598
c)	Die Fernwirkung des Art. 30 Norme sulla costituzione e sul funzionamento della Corte costituzionale auf Art. 395 Cod.Proc.Civ.It.	599
4.	Das Wiederaufnahmerecht in Österreich.....	599
a)	Die Nichtigkeitsklage gemäß § 529 öZPO	599
aa)	Die Nichtigkeitsgründe, § 529 Abs. 1 öZPO	599
bb)	Keine Ausdehnung der Nichtigkeitsgründe, § 529 öZPO.....	600
b)	Die Wiederaufnahmeklage gemäß § 530 öZPO	600
aa)	Die Restitutio propter dolum.....	601
bb)	Die restitutio propter noviter reperta.....	602
c)	Grundsätzlich keine Wiederaufnahme des Verfahrens bei Mängeln in der unionsrechtlichen Urteilsgrundlage	604
d)	Rechtfertigung des Fehlens einer mit § 79 Abs. 2 BVerfGG vergleichbaren Regelung in Österreich	604
5.	Die Wiederaufnahme des Verfahrens in Schweden, Kap. 58 §§ 1 ff.	605
a)	Die Wiederaufnahmegründe, Kap. 58 § 1 Abs. 1 Nrn 1 bis 4 S-ZPO	605
b)	Die grundsätzliche Möglichkeit zur Korrektur von evidenten Mängeln in der (unions-)rechtlichen Urteilsgrundlage gemäß Kap. 58 § 1 Abs. 1 Nrn 4 S-ZPO	606
c)	Schwere Prozessfehler, Kap. 59 § 1 Nrn 1 bis 4 S-ZPO.....	606
V.	Communis Opinio: Grundlinien des Wiederaufnahmerechts in den EU-Mitgliedstaaten	607
1.	Allgemein anerkannte Nichtigkeitsgründe bzw. wesentliche Verfahrensfehler	608
a)	Der Konflikt zweier sich widersprechender Urteile und die Möglichkeit, Entscheidungskonflikte zwischen Organen der Union und nationalen Gerichten unter Beachtung des Prioritätsprinzips zu vermeiden.....	609
b)	Die mangelnde Vertretung im Prozess.....	609
c)	Die nicht vorschriftsmäßige Besetzung des Gerichts	610
d)	Der kraft Gesetzes ausgeschlossene Richter	610
e)	Keine allgemein anerkannten Nichtigkeits- bzw. Wiederaufnahmegründe	610
f)	Keine Wiederaufnahme des Verfahrens nach Verletzung der Vorlagepflicht	611
2.	Grundlinien der Restitutions- bzw. Wiederaufnahmegründe	611
a)	Allgemein anerkannte Entsprechungen der restitutio propter dolum	611
aa)	Falsche Zeugenaussage und/oder Meineid oder falscher Parteieid ..	612
bb)	Die Urkundenfälschung	612
cc)	Der Prozessbetrug (dolus).....	613

b)	Allgemein anerkannte Entsprechungen der restitutio propter noviter reperta und der heutigen Urkundenrestitution	613
aa)	Das Auffinden neuer Tatsachen oder Beweismittel.....	613
bb)	Das Auffinden maßgeblicher Urkunden/Schriftstücke/ Dokumente	615
c)	Der Wegfall der (tatsächlichen oder rechtlichen) Urteilsgrundlage als allgemein anerkannter Wiederaufnahmegrund?	616
aa)	Aufhebung eines (Straf-)Urteils, auf dem das Urteil gründet.....	616
bb)	Wegfall der rechtlichen Urteilsgrundlage: Die Nichtigkeit einer Norm, auf der das Urteil gründet, als Wiederaufnahmegrund in Osteuropa	617
d)	Keine allgemein anerkannten Wiederaufnahmegründe	618
e)	Die Wiederaufnahme des Verfahrens aufgrund offensichtlich falscher Rechtsanwendung.....	619
f)	Die Wiederaufnahme des Verfahrens nach Entscheidungen supranationaler Gerichte	620
aa)	Die Feststellung einer Verletzung der EMRK in einem endgültigen Urteil des EuGHMR.....	620
bb)	Die Wiederaufnahme des Verfahrens bei Unvereinbarkeit mit einer Entscheidung eines Unionsorgans, insbesondere des EU-Gerichtshofes.....	622
cc)	Die Unvereinbarkeit des Urteils mit Entscheidungen des EU-Gerichtshofes oder einem sonstigen Organ der EU, Art. 228 Abs. 1 lit. e) SK-ZPO	622
g)	Zusammenfassung: Die fehlende Möglichkeit zur Korrektur rein materiell-rechtlicher Rechts-(anwendungs-)fehler als Grundsatz.....	624
h)	Die Fernwirkung der mitgliedstaatlichen Verfassungsgerichtsgesetze auf den Anwendungsbereich der Wiederaufnahmegründe	625
3.	Systematischer Vergleich zum unionsgerichtlichen Wiederaufnahmerecht: Recours en révision	626
G.	Zur Vereinbarkeit der fehlenden Möglichkeit zur Wiederaufnahme des Verfahrens mit dem Grundsatz der (Mindest-)Effektivität	628
Teil VIII: Lösungsvorschlag de lege ferenda		634
A.	Keine Pflicht zur Erweiterung der Wiederaufnahmegründe	634
B.	Keine Wiederaufnahme des Verfahrens unter den Voraussetzungen des unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruchs	635
C.	Die Erweiterung der Restitutionsgründe	638
D.	Anpassung des § 79 Abs. 2 BVerfGG	640
E.	Die ex-nunc-Lösung: Ein Rechtsbehelf zur Durchbrechung der materiellen Rechtskraft i.S.d. Präjudizialität in den Fällen des § 79 Abs. 2 BVerfGG?	641

F. Die Erweiterung der Nichtigkeitsgründe.....	642
G. Der Widerspruch zu einem nachträglich erlassenen Kommissionsbeschluss – zugleich ein prozessordnungsgemäßer Lösungsvorschlag zur Durchsetzung des EU-Beihilfenrechts	644
I. Die Verletzung des Durchführungsverbots i.S.d. Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV – kein Nichtigkeitsgrund i.S.d. § 579 Abs. 1 ZPO de lege ferenda	644
II. Der EU-Kommissionsbeschluss als Urkunde i.S.d. § 580 ZPO de lege ferenda	644
III. Wiederaufnahme des Verfahrens durch die EU-Kommission als Vertreter des öffentlichen Interesses?.....	647
H. Die Korrektur von Vorlagepflichtverletzungen de lege ferenda	649
I. Keine Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß §§ 578 ff. ZPO bei Verletzung der Vorlagepflicht.....	649
II. Die Vorlagerüge.....	649
III. Die vorzugswürdige Lösung zur Korrektur von Vorlagepflicht- verletzungen: Ein außerordentlicher Rechtsbehelf mit Suspensiveffekt	650
Zusammenfassung.....	652
Anlage: Die einzelnen Ergebnisse im Überblick.....	663
A. Anwendbarkeit der §§ 579, 580 ZPO	663
I. Die direkte Anwendbarkeit der Restitutionsklage, § 580 ZPO.....	663
1. §§ 580 Ziffer 5, 581 Abs. 1 ZPO i.V.m. § 339 StGB.....	663
2. § 580 Ziffer 8 ZPO i.V.m. Art. 6 Abs. 1 EMRK	664
II. Die analoge Anwendbarkeit der Nichtigkeitsklage, § 579 ZPO	664
1. § 579 Abs. 1 ZPO analog, bei Unzuständigkeit des nationalen Gerichts im Verhältnis zum EU-Gerichtshof.....	664
2. § 580 Nr. 7a ZPO analog, bei einem in derselben Sache erlassenen, früher rechtskräftig gewordenen Urteil des EU-Gerichtshofes im Direktklageverfahren	664
3. § 580 Nr. 7a ZPO analog, im Rahmen der Bindungswirkung eines EU-Kommissionsbeschlusses.....	665
III. Die analoge Anwendbarkeit der Restitutionsklage.....	665
1. §§ 580 Nr. 5, 581 Abs. 1 Halbs. 1 ZPO analog i.V.m. § 339 StGB, bei Beugung des Unionsrechts ohne Vorsatz, Rechtswidrigkeit oder Schuld.....	665
2. § 580 Nr. 6 ZPO analog, bei Aufhebung eines EU-Basisurteils durch EU-Aufhebungsurteil.....	665

3. § 580 Nr. 6 ZPO analog, bei Aufhebung eines EU-Kommissionsbeschlusses durch EU-Aufhebungsurteil.....	666
4. § 580 Nr. 6 ZPO analog, bei Wegfall eines EU-behördlich konstitutiv gewährten unionsrechtlichen gewerblichen Schutzrechts (= Urteilsbasis) ex tunc.....	666
5. § 580 Nr. 7b ZPO analog, bei Vorlage eines EuGH-Urteils oder eines EU-Kommissionsbeschlusses mit Tatbestandswirkung gemäß § 33 Abs. 4 GWB	666
B. Keine Anwendbarkeit der § 579, 580 ZPO	666
I. Keine direkte Anwendbarkeit der Nichtigkeitsklage, § 579 Abs. 1 ZPO	666
II. Keine analoge Anwendbarkeit der Nichtigkeitsklage, § 579 Abs. 1 ZPO...	667
1. Unzuständigkeit des nationalen Gerichts im Verhältnis zur EU-Kommission	667
2. (Willkürliche) Verletzung der Vorlagepflicht, Art. 267 AEUV.....	667
3. Übersehen oder Missachten eines früher rechtskräftig gewordenen Vorabentscheidungsurteils im Ausgangsrechtsstreit	667
4. Widerspruch zu bestehender oder nachfolgender Vorabentscheidung des EuGH.....	667
5. Widerspruch zu einem nachträglich erlassenen Kommissionsbeschluss	668
III. Keine analoge Anwendbarkeit der Restitutionsklage, § 580 ZPO	668
1. Keine Korrektur reiner Rechts-(anwendungs-)fehler	668
2. (Willkürliche) Verletzung der Vorlagepflicht, Art. 267 AEUV.....	668
3. Unter den Voraussetzungen des unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruchs.....	668
4. Nach Feststellung der Unionsrechtsrechtswidrigkeit durch den EuGH in einem Vertragsverletzungsurteil.....	669
5. Vermeintliche Unionsrechtswidrigkeit des angefochtenen Urteils	669
6. Beruhen auf einer unionsrechtswidrigen Norm, § 79 Abs. 2 BVerfGG.....	669
7. Feststellung der Unionsrechtswidrigkeit des nationalen Basisurteils im Vertragsverletzungsverfahren.....	669
8. Vorabentscheidungsurteil als EU-Basisurteil	670
9. Keine analoge Anwendbarkeit des § 580 Nr. 7b ZPO bei Vorlage von Entscheidungen der Unionsorgane	670
10. Keine analoge Anwendbarkeit des § 580 Nr. 8 ZPO bei Vorlage eines Vorabentscheidungsurteils, aus dem sich die (vermeintliche) Unionsrechtswidrigkeit ergibt	670
11. § 580 Nr. 8 ZPO bei Feststellung der Unionsrechtswidrigkeit im Vertragsverletzungsverfahren mangels planwidriger Regelungslücke	670